

Verordnung zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE*

vom 17. Januar 1989 (Stand 1. Januar 2020)

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung von Art. 45 des Sozialhilfegesetzes vom 28. September 1998^{1*}

als Verordnung:²

I. Unterstellung von st.gallischen Einrichtungen unter die IVSE* (1.)

*Art. 1** *St.Gallische Einrichtungen*

¹ Als st.gallische Einrichtungen nach der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE³ können der IVSE unterstellt werden:

- a)* ...
- b)* ...
- c) kantonal anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung;
- d) ...
- e)* stationäre Einrichtungen der Suchthilfe, die über eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton verfügen.

² Der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE⁴ sind die nach dem Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung vom 7. August 2012⁵ anerkannten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sowie die nach dem Sozialhilfegesetz vom 27. September 1998⁶ anerkannten Kinder- und Jugendheime unterstellt.*

1 sGS 381.1.

2 nGS 24–11. In Vollzug ab 1. März 1989.

3 sGS 381.31.

4 sGS 381.31.

5 Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung, sGS 381.4.

6 sGS 381.1.

387.21

Art. 2* *Unterstellung* a) *Voraussetzungen*

¹ St.Gallische Einrichtungen nach Art. 1 Abs. 1 dieses Erlasses werden der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE⁷ unterstellt, wenn sie:

- a) einem Bedürfnis entsprechen und keine Gewinnabsicht haben;
- b) fachgerecht und wirtschaftlich geführt werden;
- c) angemessene Leistungsabgeltung verlangen.

Art. 3* *b) Zuständigkeit*

¹ Die Unterstellung verfügen:

- a)* das Departement des Innern für Einrichtungen nach Art. 1 Abs. 2 dieses Erlasses;
- b)* das Bildungsdepartement für Einrichtungen nach Art. 1 Abs. 1 Bst. c dieses Erlasses;
- c)* das Gesundheitsdepartement für Einrichtungen nach Art. 1 Abs. 1 Bst. e dieses Erlasses.

Art. 4* *c) Widerruf*

¹ Die Unterstellung kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht mehr erfüllt sind.

II. Aufsicht

(2.)

Art. 5* *Fachliche Aufsicht*

¹ Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.⁸

² Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen der Sonderschulung richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen der Sonderschulung.⁹

³ Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen für Menschen mit Behinderung richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen für Menschen mit Behinderung.¹⁰

7 sGS 381.31.

8 eidgV über die Aufnahme von Pflegekindern vom 19. Oktober 1977, SR 211.222.338; SoG, sGS 213.95; Sonderschulverordnung, sGS 213.951; SHG, sGS 381.1; PKV, sGS 912.3.

9 Gesetz über Kantonsbeiträge an private Sonderschulen, sGS 213.95.

10 BehG, sGS 381.4; BehV, sGS 381.41.

⁴ Die fachliche Aufsicht über stationäre Einrichtungen der Suchthilfe richtet sich nach den besonderen Vorschriften über stationäre Einrichtungen der Suchthilfe.^{11*}

Art. 6* ...

Art. 7* *Wirtschaftliche Aufsicht*
a) *Unterlagen*

¹ Dem nach Art. 3 dieses Erlasses zuständigen Departement sind insbesondere einzureichen:

- a) Voranschlag und Jahresrechnung;
- b) die Berechnung der Leistungsabgeltung;
- c) Investitionsvorhaben;
- d) Beschlüsse über unvorhergesehene Ausgaben.
- e) Stellen- oder Pensenplan einschliesslich einer Übersicht über die Besoldungsansätze.

² Erfolgt die Leistungsabgeltung nach der Methode P (Pauschalen) der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE¹², gelten die Vorgaben der Leistungsvereinbarung.

³ Vorbehalten bleiben besondere Richtlinien und Weisungen des nach Art. 3 dieses Erlasses zuständigen Departementes.

Art. 8* *b) anrechenbare Kosten**

¹ Das nach Art. 3 dieses Erlasses zuständige Departement legt die anrechenbaren Kosten fest.

Art. 9* ...

Art. 10* ...

III. Kostenübernahmegarantie*

(3.)

Art. 11* *Zuständigkeit*

¹ Das Amt für Soziales ist Verbindungsstelle nach der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE.¹³

11 sGS 311.2; Art. 51 GesG, sGS 311.1; Art. 4 ff. und 16 f. VEG, sGS 325.11.

12 sGS 381.31.

13 sGS 381.31.

387.21

² Die aufnehmende Einrichtung reicht der Verbindungsstelle das Gesuch um Kostenübernahmegarantie ein:*

- a)* in der Regel vor der Unterbringung;
- b)* wenn sich die Leistung oder Zuständigkeit während des Aufenthalts ändert.

³ Die Verbindungsstelle prüft Vollständigkeit und Richtigkeit des Gesuchs und hört die nach Art. 43 des Sozialhilfegesetzes vom 27. September 1998¹⁴ betroffene Gemeinde an.*

⁴ Die Einrichtung meldet der Verbindungsstelle Wohnsitzwechsel und Austritte der betreuten Personen.

Art. 12 Einholen der Kostenübernahmegarantie**

¹ Die Verbindungsstelle holt Kostenübernahmegarantie ein für:

- a) Einrichtungen im Kanton St.Gallen, wenn ein ausserkantonaler Benützer aufgenommen wird;
- b) Kinder- und Jugendeinrichtungen, wenn eine strafrechtliche Unterbringung durch eine st.gallische Behörde vorliegt;
- c) ...
- d)* Einrichtungen nach Art. 40d Abs. 2 des Sozialhilfegesetzes¹⁵, wenn innert zehn Tagen ein begründetes Gesuch um Fortsetzung des Aufenthalts gestellt wird.

Art. 13 Erteilen der Kostenübernahmegarantie* *a) Grundsatz*

¹ Die Verbindungsstelle erteilt Kostenübernahmegarantie.

² Für kantonale anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung nach Art. 1 Bst. c dieses Erlasses erfolgt die Erteilung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Bildungsdepartementes.

^{2bis} Für stationäre Einrichtungen der Suchthilfe nach Art. 1 Bst. e dieses Erlasses erfolgt die Erteilung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Gesundheitsdepartementes.*

³ Die Kostenübernahmegarantie kann befristet und mit Auflagen erfolgen.

Art. 13bis abis) Altersgrenze*

¹ Dauert eine vor dem Eintritt der Volljährigkeit begonnene Ausbildung der Sekundarstufe II länger, wird Kostenübernahmegarantie bis zum Abschluss dieser Ausbildung geleistet.

¹⁴ sGS 381.1.

¹⁵ sGS 381.1.

Art. 14* *b) Unterbringung in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Sonderschulen*

¹ Kostenübernahmegarantie für Kinder- und Jugendeinrichtungen wird erteilt:

- a) bei der zivilrechtlichen Unterbringung, wenn die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde die Unterbringung beschlossen hat;
- b) bei der Unterbringung durch die Eltern, wenn die zuständige Behörde der Wohnsitzgemeinde Richtigkeit und Notwendigkeit bestätigt hat;
- b^{bis})* bei der Aufnahme eines Kindes in Einrichtungen nach Art. 40d Abs. 2 des Sozialhilfegesetzes¹⁶, wenn weder der Beizug der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde noch der Eltern zumutbar ist;
- c) bei der Unterbringung von ausserkantonalen Kindern und Jugendlichen in st.gallischen Sonderschulen oder von st.gallischen Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Sonderschulen.

Art. 15* *c) Aufenthalt in Behinderteneinrichtungen*

¹ Die Kostenbeteiligung nach Art. 28 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE¹⁷ richtet sich nach dem Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung vom 7. August 2012¹⁸.

² Die anerkannte Einrichtung kann verpflichtet werden, bei Anpassung der Leistungsstufe eine neue Kostenübernahmegarantie einzuholen.

Art. 15a* *cbis) Aufenthalt in stationären Einrichtungen der Suchthilfe*

¹ Die Kostenbeteiligung richtet sich nach dem Suchtgesetz vom 14. Januar 1999¹⁹.

Art. 16* *d) Dauer*

¹ Die Kostenübernahmegarantie wird in der Regel für die Aufenthaltsdauer erteilt.

² Die Kosten der Unterbringung nach Art. 43 des Sozialhilfegesetzes²⁰ werden jährlich aufgrund der pauschalieren oder budgetierten Leistungsabgeltung aufgeteilt.*

Art. 17* *Verweigerung der Kostenübernahmegarantie*

¹ Die Verbindungsstelle kann die Kostenübernahmegarantie verweigern, wenn:

- a) zwischen Leistung und Leistungsabgeltung ein offensichtliches Missverhältnis besteht;

16 sGS 381.1.

17 sGS 381.31.

18 Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung, sGS 381.40.

19 sGS 311.2.

20 sGS 381.1.

b) die Taxordnung nicht den tatsächlichen Betriebskosten angepasst ist.

² Für kantonal anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung nach Art. 1 Bst. c dieses Erlasses erfolgt die Verweigerung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Bildungsdepartementes.

³ Für stationäre Einrichtungen der Suchthilfe nach Art. 1 Bst. e dieses Erlasses erfolgt die Verweigerung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Gesundheitsdepartementes.*

IV. Berechnung von Beiträgen der Unterhaltspflichtigen und Leistungsabgeltungen*

(4.)

Art. 18 Beiträge der Unterhaltspflichtigen*
a) Höhe

¹ Der Beitrag der Unterhaltspflichtigen beträgt Fr. 25.– je Tag.

Art. 19 b) Weiterverrechnung*

¹ Von der Sozialhilfe übernommene Beiträge der Unterhaltspflichtigen werden nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger²¹, dem Sozialhilfegesetz²² und dem Strafprozessgesetz²³ weiterverrechnet. Abweichende Vereinbarungen über gegenseitige Rückerstattungspflichten bleiben vorbehalten.

Art. 20 Anrechenbarer Aufwand und Ertrag*
*a) Personalaufwand**

¹ Die zuständigen Departemente erlassen Richtlinien zu den anrechenbaren Stellenprozenten und Gehaltsansätzen für das Fachpersonal. Für das Personal richten sich die Gehaltsansätze sachgemäss nach dem Anhang der Personalverordnung vom 13. Dezember 2011²⁴.*

Art. 21 ...*

21 SR 851.1.

22 sGS 381.1.

23 sGS 962.1.

24 sGS 143.11.

Art. 21a b) Naturalbezüge*

¹ Naturalbezüge werden nach Massgabe der steuerrechtlichen Berücksichtigung²⁵ als Ertrag angerechnet.

Art. 21b Pauschale Leistungsabgeltung und Schwankungsfonds bei privaten Kinder- und Jugendheimen*
a) Ausweis

¹ Bei pauschaler Leistungsabgeltung führt das private Kinder- und Jugendheim je Leistungsbereich einen in der Bilanz als zweckgebundenes Kapital ausgewiesenen Schwankungsfonds.

Art. 21c b) Zuweisung von Überschüssen*

¹ Das private Kinder- und Jugendheim weist Überschüsse aus der Leistungserbringung vollumfänglich dem jeweiligen Schwankungsfonds zu, bis der Schwankungsfonds Mittel im Umfang von zehn Prozent des anrechenbaren Nettoaufwands gemäss der geltenden Leistungsvereinbarung aufweist (oberer Schwellenwert).

² Ist der obere Schwellenwert des jeweiligen Schwankungsfonds erreicht, wird je die Hälfte des Überschusses:

- a) als verfügbare Mittel dem entsprechenden Schwankungsfonds zugewiesen;
- b) dem Kanton zurückerstattet.

Art. 21d c) Deckung von Defiziten*

¹ Das private Kinder- und Jugendheim deckt Defizite aus der Leistungserbringung durch Mittel des jeweiligen Schwankungsfonds, bis der Schwankungsfonds eine Unterdeckung von höchstens zehn Prozent des anrechenbaren Nettoaufwands gemäss der geltenden Leistungsvereinbarung aufweist (unterer Schwellenwert).

² Ist der untere Schwellenwert erreicht, wird das Defizit über Überschüsse aus anderen Leistungsbereichen oder über frei erwirtschaftete Mittel ausgeglichen.

Art. 21e d) Abschöpfung verfügbarer Mittel*

¹ Mittel des Schwankungsfonds können für Aufwendungen des privaten Kinder- und Jugendheims im Rahmen der vereinbarten Leistungserbringung in Absprache mit dem Amt für Soziales abgeschöpft werden, soweit diese den oberen Schwellenwert nach Art. 21c dieses Erlasses übersteigen.

²⁵ Art. 29 Abs. 2 des Steuergesetzes vom 9. April 1998, sGS 811.1.

387.21

Art. 21f* e) *Festlegung anrechenbarer Nettoaufwand*

¹ Der jährliche Überschuss oder das jährliche Defizit des privaten Kinder- und Jugendheims wird jeweils zur Hälfte bei der Festlegung des anrechenbaren Nettoaufwands für das Folgejahr berücksichtigt.

Art. 22* *Rückzahlung*

¹ Zu Unrecht bezogene Beiträge sind mit Zins zurückzuerstatten.

V. Schlussbestimmungen

(5.)

Art. 23 ²⁶

Art. 24 *Vollzugsbeginn*

¹ Diese Verordnung wird ab 1. März 1989 angewendet.

26 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Gründerlass	34–67	17.01.1989	01.03.1989
Erlasstitel	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Ingress	geändert	34–65	26.05.1999	keine Angabe
Gliederungstitel 1.	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 1	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 1	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 1, Abs. 1, a)	aufgehoben	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 1, Abs. 1, b)	aufgehoben	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 1, Abs. 1, e)	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 1, Abs. 2	geändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 2	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 3	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 3, Abs. 1, a)	geändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 3, Abs. 1, b)	geändert	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 3, Abs. 1, b)	geändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 3, Abs. 1, c)	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 3, Abs. 1, c)	geändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 4	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 5	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 5, Abs. 4	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 6	aufgehoben	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 7	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 8	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 8	Artikeltitel ge- ändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 9	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 10	aufgehoben	34–65	26.05.1999	keine Angabe
Gliederungstitel 3.	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 11	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 11, Abs. 2	geändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 11, Abs. 2, a)	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 11, Abs. 2, b)	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 11, Abs. 3	geändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 12	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 12	Artikeltitel ge- ändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 12, Abs. 1, d)	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 13	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 13, Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 13 ^{bis}	geändert	48–47	11.12.2012	01.01.2013

387.21

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 14	geändert	48–47	11.12.2012	01.01.2013
Art. 14, Abs. 1, b ^{bis})	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 15	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 15a	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 16	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 16, Abs. 2	geändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 17	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 17, Abs. 3	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Gliederungstitel 4.	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 18	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 19	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 20	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 20	Artikeltitle ge- ändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 20, Abs. 1	geändert	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 21	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 21	aufgehoben	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 21a	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 21b	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 21c	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 21d	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 21e	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 21f	eingefügt	2019-058	27.08.2019	01.01.2020
Art. 22	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
17.01.1989	01.03.1989	Erllass	Grunderlass	34–67
26.05.1999	keine Angabe	Ingress	geändert	34–65
26.05.1999	keine Angabe	Art. 10	aufgehoben	34–65
19.12.2006	keine Angabe	Art. 9	geändert	42–16
19.12.2006	keine Angabe	Gliederungstitel 3.	geändert	42–16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 16	geändert	42–16
19.12.2006	keine Angabe	Gliederungstitel 4.	geändert	42–16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 18	geändert	42–16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 19	geändert	42–16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 21	geändert	42–16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 22	geändert	42–16
26.05.2009	keine Angabe	Erlasstitel	geändert	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Gliederungstitel 1.	geändert	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 1	geändert	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 4	geändert	44–82

Erlasdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
26.05.2009	keine Angabe	Art. 6	aufgehoben	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 7	geändert	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 8	geändert	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 11	geändert	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 12	geändert	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 13	geändert	44–82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 17	geändert	44–82
11.12.2012	01.01.2013	Art. 1	geändert	48–38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 2	geändert	48–38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 3	geändert	48–38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 5	geändert	48–38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 13 ^{bis}	geändert	48–47
11.12.2012	01.01.2013	Art. 14	geändert	48–47
11.12.2012	01.01.2013	Art. 15	geändert	48–38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 20	geändert	48–38
16.12.2014	01.01.2015	Art. 1, Abs. 1, e)	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 3, Abs. 1, b)	geändert	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 3, Abs. 1, c)	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 5, Abs. 4	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 13, Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 15a	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 17, Abs. 3	eingefügt	2015-037
27.08.2019	01.01.2020	Art. 1, Abs. 1, a)	aufgehoben	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 1, Abs. 1, b)	aufgehoben	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 1, Abs. 2	geändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 3, Abs. 1, a)	geändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 3, Abs. 1, b)	geändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 3, Abs. 1, c)	geändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 8	Artikeltitlel ge- ändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 11, Abs. 2	geändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 11, Abs. 2, a)	eingefügt	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 11, Abs. 2, b)	eingefügt	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 11, Abs. 3	geändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 12	Artikeltitlel ge- ändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 12, Abs. 1, d)	eingefügt	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 14, Abs. 1, b ^{bis})	eingefügt	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 16, Abs. 2	geändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 20	Artikeltitlel ge- ändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 20, Abs. 1	geändert	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 21	aufgehoben	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 21a	eingefügt	2019-058

387.21

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
27.08.2019	01.01.2020	Art. 21b	eingefügt	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 21c	eingefügt	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 21d	eingefügt	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 21e	eingefügt	2019-058
27.08.2019	01.01.2020	Art. 21f	eingefügt	2019-058